

AZ - FL-9494 Schaan

Donnerstag  
14. Dez. 1978

Erscheint Montag, Dienstag,  
Mittwoch, Donnerstag  
und Freitag/Samstag als  
Wochenendausgabe

Jeden Donnerstag  
in allen  
Haushaltungen

# Liechtensteiner

# Volksblatt



Redaktion: Telefon (075) 2 42 42 / 43

Mit den amtlichen Publikationen

111. Jahrgang - Nr. 238

BANK IN LIECHTENSTEIN  
AKTIENGESELLSCHAFT

Gute Verbindungen zu  
einer weltweit tätigen  
Universalbank haben  
sich schon immer als  
vorteilhaft erwiesen.

Auch Liechtensteins  
Handel und Gewerbe  
können davon profitieren.

FL-9490 Vaduz, Telefon 075/6 11 22

«VU-Arbeitsgruppen»

## Regierungschef distanziert sich von «Vaterland»-Berichterstattung

Ausweichende Stellungnahme im öffentlichen Landtag vom 11. Dezember

Obwohl sich Regierungschef Hans Brunhart 26 Tage Zeit nahm, um auf eine Fraktionserklärung der FBP im Landtag zu reagieren, konnte seine am Montag abgegebene Stellungnahme (Wortlaut siehe Seite 3) zum Vorwurf, dass mit seiner Billigung konkrete Regierungsgeschäfte in VU-Arbeitsgruppen behandelt werden, das aufgekommene Misstrauen nicht zerstreuen. Sie hat im Gegenteil neue Zweifel ausgelöst.

Zur besseren Erinnerung fassen wir hier noch einmal die zwei wesentlichen Punkte zusammen, welche die FBP-Fraktion in der Landtagssitzung vom 15. November veranlassten, eine Erklärung abzugeben, in welcher das Verhalten von Regierungschef Hans Brunhart missbilligt wurde:

● im einzelnen missbilligte die FBP-Fraktion ausdrücklich, dass es der Regierungschef zulässt, dass konkrete Geschäfte der Landesverwaltung, die in die Kompetenz der Regierung fallen, in VU-Arbeitsgruppen behandelt werden. Beweis gemäss «Vaterland»-Berichterstattung:

der Landesvoranschlag 1979 und ein bei der Regierung anhängiges Subventionsgesuch der Gemeinde Triesenberg

● weiter missbilligte die FBP-Fraktion, dass ebenfalls mit Zustimmung des Regierungschefs, Staatsbeamte in solchen Arbeitsgruppen mitwirken und damit «in parteipolitische Bindungen» geraten, die das Ansehen der Beamtenschaft, das auf Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Amtsverschwiegenheit beruht, in Miskredit bringen.

Die FBP-Fraktion stützte ihre Erklärung auf Berichterstattungen im «Liechtensteiner Vaterland» vom 31. Oktober und vom 3. November 1978 ab.

Ueberraschend und enttäuschend

Die nun erfolgte Stellungnahme des Regierungschefs ist überraschend und enttäuschend zugleich. Ueberraschend deshalb, weil der Regierungschef 26 Tage brauchte, um auf die schwerwiegende Kritik aus den Reihen des Parlamentes einzugehen. Als enttäuschend muss man es schliesslich empfinden, dass er auf die konkreten Vorwürfe nicht eingegangen ist und sich überdies damit herausredete, dass die Berichterstattung im «Vaterland» «ungenau» und «missverständlich» war.

Nichts gegen freie Meinungsbildung

Die FBP-Fraktionserklärung wendet sich mit keinem Wort, so wie es der Regierungschef behauptet, gegen die freie und demokratische Mei-

nungsbildung über aktuelle politische Fragen innerhalb der Parteien. Diese ist zweifellos notwendig. Freie Meinungsbildung, wie sie auch die FBP vorbehaltlos befürwortet und praktiziert, hat nichts mit der Behandlung von konkreten Regierungsgeschäften in Funktionsgremien einer politischen Partei zu tun. Und genau darum ging es in der FBP-Fraktionserklärung.

Distanzierung vom «Vaterland»

Mit seiner Erklärung hat der Regierungschef versucht der FBP-Fraktionserklärung den Boden zu entziehen, indem er sich von der Berichterstattung im «Liechtensteiner Vaterland» ausdrücklich distanzierte. Die daraus zu ziehenden Schlüsse liegen auf der Hand.

● Hat das «Vaterland» tatsächlich ungenau und irreführend berichtet, so werden sich die Bürger unseres Landes die entsprechenden Gedanken hinsichtlich der Glaubwürdigkeit anderer politischer Beiträge des VU-Presseorgans machen müssen.

● Stimmt aber was im «Vaterland» stand, dann bedeutet das, dass der Regierungschef kneift und anderen

die Schuld dafür zuschiebt, dass er ins Zweiflicht geraten ist.

Parteilpolitische Bindungen von Beamten

Auch hinsichtlich des Vorwurfes betreffend den Einbezug von Staatsbeamten in VU-Arbeitsgruppen weicht Regierungschef Brunhart der tatsächlichen Kritik aus. Die FBP-Fraktionserklärung, um die es hier geht, enthält keinerlei Behauptung, dass Beamte ihre Amtsverschwiegenheit verletzt hätten. Sie warnt vielmehr vor den Folgen einer derartigen parteipolitischen Bindung der Beamtenschaft, für die letztlich der Bürger, der sich an die Verwaltung wenden muss, die Zeche zu bezahlen hat.

Der «Fall Kinderzulagen» bleibt unbeantwortet

Regierungschef Brunhart wollte, nach den Ausführungen in seiner Stellungnahme, nur auf die Fraktionserklärung der FBP eingehen. Verständlicherweise. Denn damit entbindet er sich selbst vom Eingeständnis, dass die Kritik der FBP-Fraktion berechtigt war. Denn am 15. November berichtete das «Vaterland», dass der VU-Landesvor-

stand entschieden habe, die Kinderzulagen zu erhöhen und dass der zuständige Ressortchef Dr. Frommelt diesen Entscheid zur Kenntnis genommen habe und in der Regierung die entsprechenden Schritte veranlassen werde. Inzwischen weiss man auch, dass im «Fall Kinderzulagen» ein von der Regierung angefordertes und bezahltes Gutachten eines ausländischen Experten rund zwei Wochen beim VU-Landesvorstand lag und dort behandelt wurde, ehe es die Regierung zu Gesicht bekam.

Eingeständnis und neue Zweifel

Alles in allem kommt die defensive und ausweichende Stellungnahme des Regierungschefs einem Eingeständnis gleich, welches die Befürchtungen der FBP-Fraktion bestätigte. Die Tatsache, dass es 26 Tage dauerte, bis sich der Regierungschef überhaupt äusserte, nährt schliesslich den Verdacht, dass er auch in diesem Falle die entsprechende Parteiorder abwarten musste, ehe er handeln durfte: mithin ein Verhalten, das geeignet ist, neue Zweifel an seinem Regierungsstil aufkommen zu lassen. (vb)

Wirtschaftsbericht der Regierung:

## Die Praxis zeigt ein etwas anderes Bild

Der Abgeordnete Noldi Frommelt (FBP) ist mit der interpellationsbeantwortung «nur teilweise befriedigt»

«Nur teilweise befriedigt» erklärte sich der FBP-Abgeordnete Noldi Frommelt (Schaan), mit der Beantwortung der FBP-Wirtschaftsinterpellation durch die Regierung. Wenn er einleitend zu seinem Votum im öffentlichen Landtag vom letzten Montag auch anerkannte, dass sich die Regierung Mühe für diese Beantwortung gegeben habe und die Erfassung des Ist-Zustandes sicher etwas für sich habe, legte er in der Folge dann aber auch dar, was er am Wirtschaftsbericht bemängelt.

Wir bringen nachstehend wörtliche Passagen aus dem diesbezüglichen Votum des Abgeordneten Noldi Frommelt im öffentlichen Landtag:

«Bei genauerem Untersuchen sind die Ausführungen im Regierungsbericht für mich zu allgemein und wenig kreativ. Wo es sich zudem um speziell liechtensteinische Probleme handelt, sind sie zu wenig überzeugend, da der Vollzug in der Praxis ein etwas anderes Bild zeigt.

Ich möchte ganz klar festhalten, dass ich die dominierende Bedeutung der Exportindustrie voll anerkenne und ich habe mich auch schon öfters in dieser Beziehung geäussert. Dennoch kann ich aber nicht verstehen, dass die Umfrage über die Beschäftigungsfrage nur bei den der Industriekammer angeschlossenen Betrieben durchgeführt wurde, d. h. 26 Betriebe mit 5153 Beschäftigten haben sich beteiligt.

Ich kenne die Zahl der kleineren und mittleren Gewerbebetriebe, die z. Teil Zulieferer der Exportindustrie sind oder aber selbständig



Beschäftigen sich vor allem auch mit Wirtschaftsfragen innerhalb der FBP-Fraktion: der stellvertretende Abgeordnete Klaus Wanger (links) und der Abgeordnete Noldi Frommelt, der sich im Landtag sehr kritisch zum Regierungsbericht über die Wirtschaftslage äusserte. Unser Bild entstand am Montag an der Landesausschuss-Sitzung der FBP. (Bild: Jehle)

### Europarat

Morgen, Freitagabend findet um 20 Uhr im Theater am Kirchplatz ein Vortrags- und Diskussionsabend über den Beitritt Liechtensteins zum Europarat statt. Referenten des Abends sind Dr. Gerard Batliner und Dr. Franz Beck, die beide massgeblich bei der Aufnahme Liechtensteins in den Europarat mitgewirkt haben. Dr. Franz Beck spricht über das Thema «Was ist der Europarat?» und Dr. Gerard Batliner spricht über die «Bedeutung der Mitgliedschaft für Liechtenstein». Die anschließende Diskussion steht unter der Leitung von Redaktor Walter B. Wohlwend. Zu dieser interessanten Veranstaltung ist jedermann — bei freiem Eintritt — freundlichst eingeladen.

### Radio

Rheinberger-Pastoralsätze  
Am Mittwoch, den 20. Dezember strahlt das Schweizer Radio (2. Programm) um 15.55 Uhr im Rahmen der Pastoralstunden u. a. eine Pastoralsonate für Orgel von Josef Rheinberger aus.

### PTT-Vertrag

Austausch der Ratifikationsurkunden  
(p.) - Gestern Mittwoch hat in Vaduz der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Besorgung der Post- und Fernmeldedienste im Fürstentum Liechtenstein durch die Schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafienbetriebe stattgefunden. Seitens des Fürstentums Liechtenstein überreichte Herr Regierungschef-Stellvertreter Dr. Walter Kleber die Ratifikationsurkunde, seitens der Schweizerischen Eidgenossenschaft Herr Botschafter Dr. Emanuel Dietz, Leiter der Direktion für Völkerrecht beim Eidgenössischen Politischen Departement. Der Vertrag tritt am 1. Januar 1979 in Kraft.

Schenken Sie Freude...  
durch exklusive Geschenke  
mit Stil und Raffinesse

Im Städtle 36 (neben der Post)  
FL-9490 VADUZ 075 / 2 43 55

VPB - die Bank für alle  
Ihre Bank für alles  
Zum Beispiel:  
1. Hypothek  
Verwaltungs- und Privat-Bank  
Aktiengesellschaft, Vaduz  
Telefon 075 / 2 31 31

Fortsetzung auf S/2